



Gummersbacher Erklärung

**Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in den Sozialen
Medien schützen, mentale Gesundheit fördern!**

zum 61. NRW-Tag am 12.-13. Juli 2025 in Gummersbach

1 Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in den Sozialen 2 Medien schützen, mentale Gesundheit fördern!

3 Soziale Medien wie WhatsApp, Instagram und Tiktok gehören für uns und fast alle Jugendlichen
4 und jungen Erwachsenen zum Alltag. Sie dienen als Möglichkeit uns auszudrücken, sie sind ein
5 Ort, um kreativ zu sein. Wir nutzen sie, um uns zu vernetzen und auszutauschen.

6 Soziale Medien nehmen einen wichtigen Stellenwert bei der politischen Meinungsbildung von
7 Jugendlichen ein und sind längst Kommunikationsmittel Nummer eins für politische
8 Jugendorganisationen.

9 Neben diesen positiven Aspekten gibt es aber auch ernstzunehmende Gefahren in Sozialen
10 Medien, gerade für vulnerable Gruppen wie Kinder und Jugendliche. Laut einer aktuellen
11 europaweiten Studie besteht bei etwa 11 % der Kinder und Jugendlichen ein problematisches
12 Nutzungsverhalten – Tendenz steigend. Diesem Problem muss politisch begegnet werden, gerade
13 weil ein problematisches Nutzungsverhalten oft mit einem geringen seelischen und sozialen
14 Wohlbefinden einher geht.

15 In den letzten Wochen wurde dieser politische Handlungsbedarf viel diskutiert, nicht zuletzt
16 wegen einer Forderung der CDU Schleswig-Holstein, wonach eine „gesetzliche Festsetzung des
17 Mindestalters für offene soziale Netzwerke auf 16 Jahre“ eingeführt werden soll. Auch die
18 dänische EU-Ratspräsidentschaft kündigte politische Initiativen dazu an.

19 Aus Perspektive der Jungen Union wird die zentrale Frage durch ein solches Verbot jedoch nicht
20 beantwortet: Wie lässt sich eine gesunde digitale Balance für Kinder, Jugendliche und
21 Heranwachsende und damit für uns alle finden?

22 Als Junge Union NRW nehmen die Risiken und Gefahren der Sozialen Medien für die mentale
23 Gesundheit und Sicherheit von Kindern und Jugendlichen sehr ernst. Wir erleben sie selbst jeden
24 Tag. Gleichzeitig wollen wir den sicheren Zugang zur Online-Welt für Jugendliche gewährleisten.

25 Ein Verbot von Sozialen Medien für unter 16-jährige und polemische Vergleiche mit
26 Schnappsläden lehnen wir ab. Ein Verbot ist in unserer digitalisierten Welt rückschrittig und
27 entspricht nicht der Lebensrealität von Jugendlichen. Das Verbot löst das komplexe und
28 vielschichtige Problem nicht, sondern verschiebt die Diskussion. Als Junge Union NRW verstehen
29 wir einen gesunden Umgang mit Sozialen Medien als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für den
30 bereits im Kinder- und Jugendalter der Grundstein gelegt werden sollte.

31 Im Einzelnen fordern wir:

- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- Als Stimme der Jugendlichen in der CDU setzen wir uns für digitale Resilienz, Unterstützung für Eltern und mehr Sicherheit im Internet ein. In Deutschland gibt es bereits zahlreiche Kompetenzstellen auf Bundes- und Länderebene, die die digitale Resilienz von Kindern und Jugendlichen stärken sollen. Dabei ist der Gedanke, digitale Resilienz als fortlaufenden und lernenden Prozess zu verstehen, nur mangelhaft verankert. Es fehlt an einer koordinierten und ganzheitlichen Strategie, die die unterschiedlichen Aspekte der digitalen Resilienz umfasst. Die Bundesregierung ist hier gemeinsam mit den Ländern in der Verantwortung.
 - Kinder und Jugendliche müssen dort abgeholt werden, wo sie sind. Das Setting Schule spielt deshalb für uns eine zentrale Rolle, um Medienkompetenz und Problemlösungsfähigkeiten zu stärken. Um Medienkompetenz zu vermitteln, müssen Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen fortlaufend und stärker befähigt werden, diese Themen in den Unterricht einzubauen. Dabei sollte insbesondere ein kritischer Umgang mit Informationen, Fake News und KI in den Blick genommen werden.
 - Schulen bieten darüber hinaus einen geeigneten Rahmen, um den Austausch unter Gleichaltrigen über digitale Erfahrungen zu fördern. Dieser sollte in den Lehrplänen verankert werden. Bestehende Maßnahmen sollten evaluiert und weiterentwickelt werden. Ein gelungenes Beispiel sind die sog. Medienscouts in NRW, die weiter gefördert und ausgebaut werden sollten.
 - Neben verstärkten Maßnahmen in Schulen, müssen auch Maßnahmen in den Sozialen Medien selbst umgesetzt werden. Soziale Medien können dabei helfen, die mentale Gesundheit zu fördern, wenn die Potentiale richtig genutzt werden. Beispiele wie Krisenchat zeigen, dass Soziale Medien die Chance bieten, Kinder und Jugendliche niedrigschwellig zu erreichen. Deswegen sollten verstärkt Beratungs- und Hilfsangebote in diesem Bereich konzipiert werden. Auch Anwendungen in den Sozialen Medien können den Zugang zu Therapiestellen stärken, in dem Jugendliche mit Risikofaktoren oder risikobehaftetem Konsum gezielt durch Kampagnen angesprochen werden. Hierfür benötigen wir übergeordnete und langfristige Initiativen auf Landes- oder Bundesebene, die gemeinsam mit der kassenärztlichen Vereinigung umgesetzt werden.
 - In den Sozialen Medien bedarf es positive Vorbilder. Hier sehen wir als Junge Union unsere Landesmedienanstalten in der Verantwortung. Die Sender sollten ihre Angebote insbesondere bei Themen, die Kinder und Jugendbereich interessieren, weiter ausbauen und soziale Medien gleichwertig zu klassischen Medien einbinden.
 - Digitale Resilienz beginnt zu Hause. Eltern müssen einen bewussten Umgang ihres Kindes mit Sozialen Medien fördern. Sie sollten die Inhalte, die ihr Kind online konsumiert, kennen und ihrem Kind helfen, diese einzuordnen. Jedoch haben Eltern häufig selbst keine

68 ausreichenden Medienkompetenzen und werden von den technischen Entwicklungen
69 überfordert. Deswegen fordern wir einen Ausbau flächendeckender Angebote an den
70 Volkshochschulen, die gezielt Eltern in den Blick nehmen und diese für die Gefahren und
71 Chancen von Sozialen Medien sensibilisieren.

- 72 • Wir begrüßen die Initiativen des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, verstärkt in
73 den digitalen Raum vorzudringen und auch hier für Sicherheit zu sorgen. Dies schützt
74 gerade Kinder und Jugendliche. Deshalb macht es Sinn, dass die Polizei auch in Sozialen
75 Medien präsent ist und in einer Sprache, die Kinder und Jugendliche anspricht und abholt,
76 Anlauf-, Informations- und Hilfpunkte bietet.